



Scheenes Feschd

Prosched Neijoor

ver.di wünscht Euch allen „e Brätsel wie e Scheierdoor, e Kranz wie e Oweplatt“ und noch viel mehr. Hoffen wir, dass wir „allegar vun satt werre“. Aber, wir wissen, trotz Wahlkampf „leckt de Hund sich da die Schniss“. Ganz im Gegenteil. Wir müssen verhindern, dass man uns viel abholt. „Graadseläds“ uns allen ein fröhliches Weihnachten und Neujahr. „Eisch scheene Feschd-Daache!

Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr und Überlegungen für unsere Arbeit im neuen Jahr waren Gegenstand unserer Diskussion auf der Versammlung am 11. Dezember.

Im Bundestag wird in den verbleibenden wenigen Sitzungstagen noch um die Bescherung gerungen. Es geht bei den „Last-Minute-Gesetzen“ auch für die ver.di-Mitglieder um viel, zum Beispiel bei der Frage, ob das Kindergeld noch wie geplant angehoben wird, aber auch darum, ob Frauen künftig besser vor Gewalt geschützt werden oder endlich der Schwangerschaftsabbruch legalisiert wird. Mit dem Rentenpaket wird es nichts mehr und wir müssen Schlimmes befürchten.

Gleich zu Beginn des kommenden Jahres stehen mitten im Bundestagswahlkampf zwei große Tarifauseinandersetzungen an. Bei der Deutschen Post geht es um die Löhne und Gehälter von rund 170.000 Postbeschäftigten, im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen um die Arbeitsbedingungen von 2,5 Millionen Beschäftigten. Im Januar läuft zudem der Tarifvertrag in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie mit rund 72.000 Beschäftigten aus, im März dann der im Versicherungs-

gewerbe mit 178.000 Angestellten. Bessere Bedingungen für Millionen Beschäftigte wollen wir damit schon in den ersten drei Monaten 2025 durchsetzen.

Die Veranstaltung mit Kollegen Timo Ahr steht für Januar schon fest. Am 23. Januar treffen wir uns zum Neujahrsempfang des Bezirks im Saarbrücker Schloss. Wir planen für den 15. Februar einen Aktionsstand in Saarbrücken, weil wir in den Bundestagswahlkampf eingreifen wollen. Im April wollen wir uns mit der Krankenhausreform befassen und haben dazu Dr. Nadja Rakowitz von dem Verein Demokratische Ärztinnen und Ärzte gewonnen. Auch wollen wir mit dem Fachbereich C am 10. und 11. Juni zum Protest anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz nach Weimar fahren. Bus und Hotel ist schon gebucht. Ferner werden wir uns weiter mit der Transformation und den damit verbundenen Problemen beschäftigen. Auch die Rentenproblematik soll Gegenstand einer Veranstaltung werden. Der Vorstand versucht jetzt alle Vorschläge in einen sinnvollen Terminkalender konkret anzugehen.

Also, wir machen weiter. Eich unn eure Liewe: Frohe Weihnachte unn Prosched Neijoor.

Friedensforum St. Ingbert neukonstituiert

ver.di gab die Anregung

In St. Ingbert wurde das Friedensforum wiederbelebt und daran hat ver.di-Saar und ihre Referentin Ulrike Eifler vom November ihren Anteil. Das konnten wir am 5. Dezember in der Saarbrücker Zeitung lesen:

„Die Initialzündung für das Wiederbeleben des Friedensforums liegt nach Beckers Worten drei Wochen zurück. Die Gewerkschaft ver.di hatte zu einem Vortrag mit Diskussion nach Saarbrücken geladen. Die Gewerkschaftssekretärin Ulrike Eifler stellte dabei als Herausgeberin das



Buch „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ vor. Sigi Becker: „Ich bin danach heimgekommen und dachte, wir müssen dem Frieden wieder eine Stimme geben.“ Mit dem ehemaligen Stadtratsmitglied Jürgen Freunsch ist auch einer der Gründungsväter des Forums aus den 80er Jahren jetzt wieder an Bord.“



Mit dabei sind auch unsere Mitglieder Gisela und Hans Ruge, Birgit Müller und Michael Quetting. ver.di freut sich, dazu eine Anregung gegeben zu haben.

Am bundesweiten Aktionstag am 7. Dezember sammelten die Kollegen Unterschrif-



ten unter den Berliner Appell. Außerdem gab es Tauben und Raketen als Weihnachtsplätzchen.



Trotz Regen und Kälte erhielt der Aktionsstand große Aufmerksamkeit, mehrere Unterschriftenlisten konnten gefüllt werden. Der Redakteur der Saarbrücker Zeitung Michael Beer hatte am gleichen Tag in seinem Kommentar lobend geschrieben: „Reden schützt vor Ohnmacht“. Das Friedensforum redet nun wieder.

Und für den 8. Januar ist eine Veranstaltung in der Kinowerkstatt in der Pfarrgasse geplant. Dort ist ab 18 Uhr jeder eingeladen, der sich mit der Thematik beschäftigen will. Oder wie unser Kollege Becker es ausdrückt: „Alle, denen eine friedliche Zukunft für unsere Kinder und Kindeskiner am Herzen liegt, sind herzlich willkommen.“



Resolution des Bundesseniorenvorstands:

Fairer Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner

Der ver.di-Bundesseniorenvorstand fordert die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien auf, einen angemessenen Inflationsausgleich für Rentnerinnen und Rentner zu schaffen, der der steuerfreien Inflationsausgleichsprämie entspricht, die Beschäftigte in den Jahren 2022 bis 2024 erhalten haben.

So heißt es im Beschluss des Seniorenvorstandes vom 12. November 2024 in Berlin.

Im Rahmen dieser „konzertierten Aktion“ zahlten Arbeitgeber*innen ihren Arbeitnehmer*innen eine steuer- und abgabenfreie Prämie von bis zu 3.000 Euro aus, um die Kaufkraft der Bevölkerung angesichts der durch die Ukraine-Krise ausgelösten Rekordinflation zu stärken.

Laut einer Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung wurden 26 Millionen Beschäftigten seit Oktober 2022 insgesamt 52,5 Milliarden Euro ausgezahlt, was den Staat 40 Milliarden Euro an Mindereinnahmen kostete.

Diese Prämie erwies sich als bedeutend zur Stabilisierung der Kaufkraft und dämpfte die Sorgen der Menschen um ihre finanzielle Lage sowie die Inflationserwartungen, wodurch gleichzeitig der Konsum gestützt und die Konjunktur belebt wurden (IMK Policy Brief Nr. 171, Juli 2024).

Dagegen sind die Rentner*innen, insbesondere solche mit kleinen und mittleren Einkommen, trotz vergleichbarer und in Relation sogar höheren Inflationsbelastung von dieser Unterstützung ausgeschlossen. Diese Ungleichbehandlung ist umso unverständlicher, als die Inflation

Rentner*innen häufig sogar stärker trifft, da sie weniger finanzielle Rücklagen und keine Alternativen zu ihrer Rente haben. Ein Ausgleich in Höhe von 1.900 Euro – entsprechend dem Median der gezahlten Prämien und den fiskalischen Mindereinnahmen des Staates – würde eine gerechte finanzielle Unterstützung für diese Bevölkerungsgruppe bieten und ihnen die Teilhabe an einem stabilisierten Lebensstandard ermöglichen.

Angesichts der angespannten Wirtschaftslage und der bevorstehenden Konjunkturmaßnahmen kann diese Entlastung nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden, da dies die Wirtschaft zusätzlich belasten würde. Daher wird gefordert, das goldene Kalb Schuldenbremse endlich vom Podest zu holen, sie auszusetzen, um die erforderliche Finanzierung im Rahmen der ohnehin notwendigen Konjunkturlösungen über Kredite sicherzustellen und so die Gleichbehandlung der Rentner*innen zu gewährleisten.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, diesen Inflationsausgleich zeitnah und gerecht umzusetzen, um ein würdiges Leben im Alter zu ermöglichen und die Rentner*innen nicht weiter von der allgemeinen finanziellen Stabilisierung und Absicherung auszuschließen.



In Hamburg verabschieden unsere älteren Kollegen nicht nur Resolutionen, sie sind auf der Straße und kämpfen für die Rechte der Rentnerinnen und Rentner.

ver.di - Neujahrsempfang

Du bist eingeladen

Am 23. Januar 2025 findet der traditionelle Neujahrsempfang der ver.di im Saarbrücker Schloss statt. Um 16:30 Uhr geht es los. Neben Worten zum neuen Jahr gibt es wieder die Möglichkeit sich auszutauschen und zu vernetzen. Alle unsere Aktiven des OV Saar sind herzlich eingeladen. Wir sehen uns.

Notizen verschriftlicht

Das Referat der Kollegin Ulrike Eifler

Die Teilnehmer*innen unserer Friedensveranstaltung mit der Kollegin Ulrike Eifler am 14. September baten die Referentin um eine schriftliche Ausarbeitung ihres Referates, das sie größtenteils frei gehalten hatte. Ulrike ist dieser Bitte nachgekommen. Wer es haben will, wende sich kurz an Rainer.Tobae@web.de oder Michael@Quetting.de, Wir schicken es gerne zu, es darf verbreitet werden.

Bezirksvorstandssitzung

Start ins neue Jahr

Am 7. Januar 2025 findet die nächste Sitzung des Bezirksvorstandes der Region Saar-Trier statt. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Gewerkschaftlichen Situationsbericht u.a. die Vorstellungen der Bewerbungen für die stellvertretende Geschäftsführung.

Solidarische Diskussion

DGB-Kollege Timo Ahr kommt

Gleich zu Beginn des Jahres wird Timo Ahr bei unserer Gruppe zu Gast sein.

Wer ist das, dieser Timo? Nach dem Besuch eines Gymnasiums in Saarlouis absolvierte er in einem Stahlkonzern eine Ausbildung zum Industriekaufmann. Er engagierte sich gewerkschaftlich in der IG Metall und war Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Timo wurde 2012 Mitglied der Jusos. Seit 2019 ist er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Saarlouis. Bei der Landtagswahl im Saarland 2022 erhielt er ein Abgeordnetenmandat im Landtag des Saarlandes. Ab 2020 leitete er bei der IG Metall die Transformationswerkstatt Saar. Seit Juli 2022 ist er stellvertretender Bezirksvorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz – Saarland.

Wir wollen mit dem höchsten saarländischen Funktionär unseres Gewerkschaftsbundes über seine Sicht der Dinge zu Beginn eines span-

nenden Jahres sprechen und diskutieren.

Insbesondere wollen wir dabei auch ihm unsere Position in der Friedensfrage erläutern. Da war es im Zusammenhang mit dem Antikriegstag zu einigen Dissonanzen gekommen. Deswegen hatten er mit uns ein Treffen für einen solidarischen Austausch vereinbart. Anlässlich der Veranstaltung mit Ulrike Eifler bewegt uns das komplizierte Verhältnis zwischen Einheit und Klarheit, was uns als Gewerkschafter ja eine besonderes Anliegen ist.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung an der Diskussion. Wir treffen uns wie immer um 18:00 Uhr im ver.di-Haus in der St. Johannerstraße.



Protest in Riesa

Protest gegen AFD

ver.di ruft seine Mitglieder dazu auf, zu den Protesten gegen den Parteitag der AfD nach Riesa zu kommen. Der ver.di-Gewerkschaftsrat, das höchste Gremium der ver.di, betont, dass es einen unauflösbaren Widerspruch gibt zwischen gelebter gewerkschaftlicher Solidarität sowie dem entschlossenen Kampf für gute Arbeit und dem rechtsextremistischen Weltbild der AfD.

ver.di unterstützt das Konzert „Kein Bock auf Nazis“ und und der damit verbundenen Protestkundgebung am Samstag 11. Januar. ver.di bringt die Unterstützung der Aktionen in den Bundesvorstand des DGB ein und leistet einen Beitrag zur materiellen Unterstützung des Protestes und des Konzertes gegen den AfD Parteitag.

ver.di solidarisiert sich mit allen Antifaschist*innen, die sich dem Parteitag durch friedliches massenhaftes Widersetzen entgegenstellen.

Eine Minute vor Zwölf – Einen großen europäischen Krieg verhindern!

Es ist eine Minute vor Zwölf. So ein Appell einer Reihe von engagierten Zeitgenossen, darunter auch unsere ehemaligen Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt und Oskar Lafontaine. Auch unsere Gewerkschaftsgruppe setzt sich für Frieden und Abrüstung ein und bezeichnet die Zeitenwende als einen Angriff auf unser Leben. Es geht um Kanonen statt Butter, wobei Kanonen den Tod bedeuten. In unserer heutigen Zeit darf der Krieg nicht mehr als Fortsetzung der Politik betrachtet werden. Wir wollen nicht kriegstüchtig gemacht werden. Es folgt der „Appell der 38“. Noch kann der Krieg verhindert werden.

Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine tobt seit über 1000 Tagen. Täglich sterben Menschen, die Ukraine wird mehr und mehr zerstört. An der Front steht die ukrainische Armee unter Druck; es fehlt nicht nur an Waffen, sondern auch an Soldaten, die Russen erzielen Geländegewinne. Ein Ende des Sterbens ist nicht in Sicht.

Die Last-Minute-Entscheidung des US-Präsidenten Biden, Angriffe auf Russland mit von den USA gelieferten Raketen zu genehmigen, hat eine neue Eskalationsstufe eingeleitet. Inzwischen haben auch Großbritannien und Frankreich nachgezogen. Damit steigt das Risiko für

ganz Europa extrem. Deutschland könnte das neue Schlachtfeld werden.

Biden hatte sich in der Vergangenheit geweigert, diesen Schritt zu gehen, um, wie er selbst betonte, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden. Gilt das jetzt nicht mehr?

Statt alles dafür zu tun, die hochgefährliche Situation zu entspannen, wollen CDU, FDP und Grüne jetzt der Ukraine auch noch Taurus-Raketen liefern. Damit könnte Selenskyj Ziele tief in Russland punktgenau angreifen. Da diese Raketen von Bundeswehrsoldaten programmiert werden müssen, käme die Lieferung des Taurus fast einer Kriegserklärung Deutschlands



an die Atommacht Russland gleich. Sie würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine militärische Antwort Russlands nach sich ziehen.

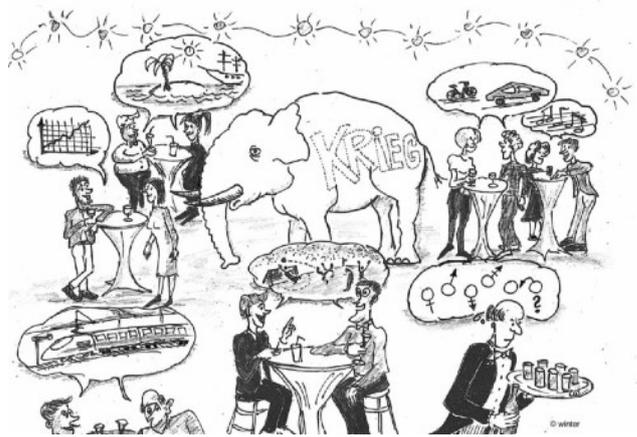
Wir befinden uns in der vielleicht gefährlichsten Phase dieses Krieges. Unsere oberste Pflicht sollte sein, eine Katastrophe für unser Land und alle Menschen in Europa zu vermeiden. Deutschland hat aktuell zwar keine handlungsfähige Regierung, aber immerhin ein handlungsfähiges Parlament. Wir appellieren an alle politischen Akteure: Vergessen wir unsere Differenzen und handeln gemeinsam, um das Schlimmste zu verhindern!

Es ist höchste Zeit, dass sich die deutsche Politik mit Nachdruck für eine Deeskalation und einen sofortigen Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen einsetzt. So, wie es zum Beispiel der unter anderem von der Schweiz unterstützte Friedensplan Brasiliens und Chinas vorsieht.

Den Ukraine-Krieg kann und wird keine Seite gewinnen. Wenn die Waffen nicht bald schweigen, laufen wir Gefahr, alle gemeinsam zu verlieren. Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkriegs war die Gefahr eines Nuklearkriegs in Europa so groß wie jetzt. Wir müssen sie bannen, bevor es zu spät ist.

DIE UNTERZEICHNERINNEN

- **Prof. Dr. Peter Brandt**, Historiker und Publizist
- **Reiner Braun**, Friedensbewegung
- **Andrea Breth**, Theater-Regisseurin
- **Prof. Dr. Christoph Butterwege**, Politikwissenschaftler
- **Prof. Dr. Wolfgang Däubler**, Rechtswissenschaftler
- **Daniela Dahn**, Schriftstellerin
- **Dr. Petra Erler**, Publizistin
- **Dr. Svenja Flaßpöhler**, Philosophin
- **Prof. Dr. Hajo Funke**, Politikwissenschaftler
- **Dr. Peter Gauweiler**, Rechtsanwalt und Bayer. Staatsminister a.D. (CSU)
- **Wolfgang Grupp**, Firma TRIGEMA
- **Prof. Dr. Michael Hartmann**, Soziologe
- **Henry Hübchen**, Schauspieler
- **Prof. Dr. Elisa Hoven**, Strafrechtlerin
- **Prof. Dr. Hans Joas**, Mitglied der Grundwertekommission der SPD
- **Reinhard Klimmt**, Ministerpräsident a.D. (SPD)
- **Uwe Kockisch**, Schauspieler
- **Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**, Publizistin
- **Oskar Lafontaine**, Ministerpräsident a.D.
- **Detlef Malchow**, Unternehmer
- **Prof. Dr. Reinhard Merkel**, Rechtsphilosoph
- **Dr. Hans Misselwitz**, Mitglied der Grundwertekommission der SPD
- **Albrecht Müller**, Publizist/NachDenkSeiten (SPD)



- **Michael Müller**, NaturFreunde Deutschlands
- **Willy van Ooyen**, Friedensbewegung
- **Prof. Dr. Frauke Rostalski**, Rechtsphilosophin
- **Oliver Ruhnert**, langjähriger Fußballmanager (BSW)
- **Dr. Otto Schily**, Bundesinnenminister a.D.
- **Michael von der Schulenburg**, Abgeordneter EU-Parlament (BSW) und ehemaliger Stellv. UN-Generalsekretär
- **Alice Schwarzer**, Autorin und EMMA-Verlegerin
- **Prof. Dr. Wolfgang Streeck**, Soziologe
- **Günter Verheugen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.
- **Dr. Sahra Wagenknecht**, Parteivorsitzende BSW
- **Dr. Nathalie Weidenfeld**, Kulturwissenschaftlerin
- **Hans-Eckardt Wenzel**, Liedermacher
- **Katarina Witt**, Sportlerin
- **Natascha Wodin**, Schriftstellerin
- **Dr. Juli Zeh**, Schriftstellerin

Wir rufen zur
Unterstützung des
bundesweiten Aktionstages für
den

„Berliner Appell“

am **15.02.2025** auf
und werden uns mit einem

**Aktionstand in
Saarbrücken**

daran beteiligen.

Damit greifen wir in die Bundes-
tagswahlen ein und machen
den Frieden zum Thema.

Showdown in Berlin

Spannung lag in der Luft während der Podiumsdiskussion zum Abschluss der diesjährigen ver.di-Krankenhaustagung am 22. November 2024 in Berlin. Das lag nicht nur an den interessanten und teils kontroversen Beiträgen der Vertreter*innen von Krankenkassen, Kliniken, Bundes- und Landesministerien sowie der Beschäftigten. Mit Spannung verfolgten die 270 Teilnehmenden auch, was im dreieinhalb Kilometer entfernten Bundesrat vor sich ging, der sich just in diesem Moment mit der umstrittenen Krankenhausreform befasste.

Als der Abteilungsleiter Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung im Bundesgesundheitsministerium, Michael Weller, mitten in der Debatte die Faust ballte, war klar: Die Länderkammer lässt die von Karl Lauterbach (SPD) vorgelegte Krankenhausreform passieren, ohne den Vermittlungsausschuss anzurufen. Die Euphorie des Ministeriumsvertreters mochten viele der anwesenden Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertreter*innen allerdings nicht teilen. In einer zuvor verabschiedeten Resolution hatten sie erklärt: „Eine Krankenhausreform ist dringend nötig, doch damit sie gut wird, braucht es dringend Nachbesserungen.“

Die anderen Diskutant*innen auf dem Podium forderten ebenfalls, das ab 1. Januar geltende Gesetz nachzubessern. Es sei „schon absehbar, dass es so nicht bleibt“, sagte der Referatsleiter Krankenhausvergütung beim Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV), Johannes Wolff. Die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Henriette Neumeyer, erklärte, die nächste Bundesregierung habe „den großen Auftrag, da nachzuarbeiten“, die Reform müsse „den Praxistest“ erst noch bestehen. Sie meinte da-

nien eingezogen, dass da nicht viel zu befürchten ist“, versprach er.

Qualität ist mehr als Mindestmengen

Während Johannes Wolff vom GKV-SV für eine stärkere Zentralisierung der Kliniklandschaft



durch die Vorgabe von Mindestmengen argumentierte, erklärte die Klinikvertreterin Henriette Neumeyer, es müsse in jedem Fall eine medizinische Risikoabwägung zwischen Qualitätsvorgaben und Erreichbarkeit vorgenommen werden. Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats der Asklepios-Kliniken, Klaus Bölling, gab zu bedenken, dass „Qualität mehr ist als Mindestmengen und ärztliche Qualifikation. Sie hängt auch davon ab, ob genug anderes Personal da ist.“ Das gelte nicht nur für Pflegekräfte, sondern auch für Servicebeschäftigte. „Was nützt die beste ärztliche Qualität, wenn man sich im Krankenhaus eine nosokomiale Infektion holt, weil nicht ordentlich gereinigt wurde?“

Der Betriebsrat betonte, dass bei Klinikschließungen keineswegs alle Beschäftigten ins nächste Krankenhaus wechseln. „Viele haben eine emotionale Bindung ans Haus, andere haben ein Problem, wenn sich die Fahrtzeiten zur Arbeit verlängern. Bei jeder Schließung besteht die Gefahr, Kolleginnen und Kollegen zu verlieren, und das ist in der jetzigen Situation fatal.“ Auch deshalb sei es wichtig, die Beschäftigten mitzunehmen und zu beteiligen. „Die Reform muss dazu führen, dass die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern besser werden“, forderte Klaus Bölling. „Um das zu erreichen, müssen wir uns als Belegschaften zu Wort melden und



mit insbesondere die Frage, ob die flächendeckende Versorgung gesichert werde oder ein „Kahlschlag“ stattefinde. „Es wird zu Krankenhausschließungen kommen“, sagte Michael Weller vom Bundesgesundheitsministerium. Es würden aber keine bedarfsnotwendigen Kliniken geschlossen. „Wir haben so viele Sicherheitsli-

als Gewerkschaft stark sein.“

DGB-Vorsitzende warnt vor Kliniksterben

Der Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium, Helmut Watzlawik, warnte vor weiteren Insolvenzen, da die Reform finanziell erst 2027 auswirken werde. Zuvor hatte bereits die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi Überbrückungsmaßnahmen und Soforthilfen für notleidende Kliniken gefordert. „Sonst besteht die Gefahr, dass Krankenhäuser, die wir im Sinne der Versorgungssicherheit brauchen, einfach absaufen“, so die Gewerkschafterin. Bund, Länder und Kommunen müssten zusammenarbeiten, um ein »unkontrolliertes Kliniksterben« zu verhindern.

Grundsätzlich positiv findet Yasmin Fahimi den geplanten Transformationsfonds von 50 Milliarden Euro. Eine „schreiende Ungerechtigkeit“ sei es allerdings, die Hälfte der Summe den gesetzlich Versicherten aufzubürden. Der Umbau der Kliniklandschaft sei eine staatliche Aufgabe, die aus Steuermitteln finanziert werden müsse. „Es kann nicht sein, dass mit den Beiträgen der gesetzlich Versicherten die Lücken öffentlicher Haushalte gestopft werden“, kritisierte sie. „Geradezu ein Hohn ist es, privat Versicherte dabei für null durchgehen zu lassen.“

Die Situation im Gesundheitswesen sei „ein existenzielles Thema für alle Menschen in Deutschland“ und spiele auch im DGB eine zentrale Rolle, hob Yasmin Fahimi hervor. „Die Daseinsvorsorge ist nicht nur ein ver.di-Thema, es ist ein Thema der gesamten Gewerkschaftsbewegung.“ Die Auseinandersetzung darum werde „eine der härtesten in den nächsten Jahren“, glaubt die DGB-Vorsitzende. Soziales dürfe nicht gegen Sicherheit ausgespielt werden. „Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern die Voraussetzung für Wohlstand für alle.“

Beschäftigte fordern verbindliche Personalvorgaben

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler betonte, bei der Bundestagswahl am 23. Februar stehe eine Richtungsentscheidung bevor. Die Alternativen: „Weniger Sozialstaat, mehr Kapitalismus oder Gemeinwohl und gute Daseinsvorsorge.“ Im Gesundheitswesen hätten die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft ver.di vieles zum Positiven bewegt, so beim Thema Personalvorgaben. „Wir haben uns vor über zehn Jahren auf den Weg gemacht, viele großartige Aktionen auf die Beine gestellt und Tarifkämpfe für Entlastung geführt“, erklärte die Gewerkschafterin.

Ein Ergebnis ist die von ver.di gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Pflegerat entwickelte Personalbemessung in der Krankenhauspflege, die PPR 2.0, die der Bundestag im Sommer beschlossen hat. „Wir haben die PPR 2.0 gegen extrem viele Widerstände durchgesetzt. Der erste Schritt ist gemacht – jetzt müssen wir dafür sorgen, dass

sie in der Praxis wirkt.“ Der neue ver.di-Rechner könne sehr gut genutzt werden, die tatsächliche Personalausstattung im Vergleich zur PPR 2.0 festzustellen und damit betrieblichen Druck aufzubauen. In der folgenden Debatte betonten mehrere Kolleg*innen, die PPR 2.0 müsse schnell verbindlich werden. Es müssten baldmöglichst Sanktionen greifen, wenn die Vorgaben in den Kliniken unterschritten werden.



Ministerium verspricht Beteiligung

Überhaupt nicht angehen könne, so Sylvia Bühler, dass derzeit manche Krankenhäuser langjährige Service- und Hilfskräfte entlassen, weil diese nicht mehr über das sogenannte Pflegebudget abgerechnet werden können. „Wir haben ganz sicher nicht zu viel Personal im Gesundheitswesen“, betonte sie. „In anderen Branchen werden bei betrieblichen Umstrukturierungen sozialverträgliche Maßnahmen ergriffen, im Gesundheitswesen setzt man die Kolleginnen und Kollegen auf die Straße – das ist fatal. Das dürfen wir den Arbeitgebern nicht durchgehen lassen.“

Bei den Veränderungen im Krankenhauswesen dürften die Beschäftigten kein Randthema sein, forderte die Gewerkschafterin. „Die Reform ist nur mit den Beschäftigten, nur mit uns zu schaffen. Wir wollen mitbestimmen.“ Michael Weller sagte, das Gesetz müsse nun durch Verordnungen konkretisiert werden. „Jetzt beginnt die Feinarbeit“, so der Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium. „Und da spielt ver.di natürlich eine große Rolle. Selbstverständlich werden die Beschäftigten eingeladen.“

Nicht fleißig genug?

Während sie dieses Versprechen begrüßten, zeigen sich die versammelten Vertreter*innen der Krankenhausbelegschaften empört über eine Äußerung von Johannes Wolff. Der Kassenfunktionär sagte mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Lage und wachsende Ausgaben für die Pflege: „Es läuft darauf hinaus, dass man wieder etwas fleißiger sein muss.“

Als Reaktion auf Wolffs Behauptung, Krankenhausbeschäftigte müssten „fleißiger werden“, verwies die Krankenpflegerin einer Asklepios-Klinik auf die 350 Überstunden, die sie vor sich herschiebe. „Wenn ich so etwas höre, sagt meine innere Florence Nigthingale: Ab heute springe ich nicht mehr ein!“